

**ASTRID VOCKERT  
LANDTAGSABGEORDNETE  
VIZEPRÄSIDENTIN DES  
NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGES**

---

30159 HANNOVER ° HINRICH-WILHELM-KOPF-PLATZ 1 ° TELEFON  
0511 / 3030-3150 ° FAX 0511 / 3030-3803

## **Pressemitteilung**

16.03.2012

Astrid Vockert contra Niedersachsens

Grüne:

„Die Grünen diffamieren die Schützenvereine“

**Hannover.** „Die niedersächsischen Grünen diffamieren die Schützenvereine.“ Diesen Vorwurf erhebt die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert. Stein des Anstoßes für die Politikerin, die auch Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages ist: Meta Janssen-Kucz, innenpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, hatte kürzlich ein schärferes Waffenrecht gefordert und in diesem Zusammenhang erklärt, es könne nicht angehen, dass Neonazis und andere Rechtsgesinnte „zum Beispiel über Schützenvereine Waffenscheine und damit Waffen erhalten“ (Ostfriesische Nachrichten vom 06.03.2012).

Mit solchen Äußerungen werde der Eindruck erweckt, als würden Waffen leicht über Schützenvereine beschafft werden können und als wären die Entscheidungsträger in Schützenvereinen offen für rechtes Gedankengut. „Beides

entspricht in keinster Weise den Tatsachen“, stellt Astrid Vockert fest. Der „undifferenzierte Hieb der Grünen gegen die Schützenvereine und die Sportschützen“ füge dem Schützenwesen in Niedersachsen und darüber hinaus einen erheblichen Schaden zu. Außerdem sei er als ein Angriff auf das ehrenamtliche Engagement von mehr als 1,4 Millionen Schützen zu werten, „die vor allem für die Stärkung des ländlichen Raumes Großartiges leisten“.

Angesichts der sehr großen Anzahl von Schützenbrüdern und –schwestern könnten Waffen in Einzelfällen auch in die Hände von Rechtsextremisten fallen, so Astrid Vockert. In Niedersachsen gibt es allerdings keinerlei Erkenntnisse über entsprechende Vorgänge. Das ergab vor wenigen Tagen eine Anfrage der Politikerin beim Innenministerium in Hannover. Fakt sei jedoch zum einen, dass das deutsche Waffenrecht eines der schärfsten der Welt sei und zum anderen, dass zahlreiche rechtliche und organisatorische Hürden genommen werden müssten, bevor ein Schützenvereins-Mitglied eine Waffe benutzen dürfe. Der Ratschlag von Astrid Vockert: „Die Grünen sollten nicht pauschal gegen die Schützen ballern, auch wenn sie deren Freizeitbeschäftigung möglicherweise nicht viel abgewinnen können. Stattdessen sollten sie den Dialog mit den Schützenvereinen suchen und auf diese Weise zu einem objektiveren Bild der Lage kommen.“